

40 Jahre-Feier des Mouvement Ecologique



Gut 250 Personen feierten am vergangenen 20. Dezember den 40. Geburtstag des Mouvement Ecologique! Bei einem üppigen vegetarischen Buffet und zahlreichen humoristischen Beiträgen war die Stimmung ausgelassen und familiär. Bis spät in die Nacht wurde getanzt und alte Zeiten wurden aufleben gelassen. Danke an dieser Stelle an Naturata, Caves-Sonnen Hoffmann sowie die "Imprimerie Linden" für Ihre Unterstützung.

Alle Beiträge, ob Lesung oder Kabarett, finden Sie auch auf unserer Homepage. Neben dem Stimmungsfilm können Sie hier noch einmal die Auftritte des Abends hören und sehen, z.B. die Glückwünsche bekannter Persönlichkeiten des Landes, die es sich nicht nehmen ließen, dem Mouvement Ecologique zum 40. zu gratulieren. Einen herzlichen Dank an dieser Stelle allen Künstlern für Ihren Beitrag!

Auf unserer Homepage www.oeko.lu:

- Roland Gelhausen und Cabarenert: répondeur automatique vom Mouvement Ecologique
- 40 Jahre Mouvement Ecologique: ein etwas anderer historischer Rückblick von Theid Faber
- Carlo Schneider und Jacques Kapp kommentieren 40 Jahre Mouvement Ecologique
- Jemp Schuster mit einem abwechslungsreichen "Kabarä"-Programm
- Christian Kmietek liest markante Texte von Guy Rewenig
- 40 Jahre Mouvement Ecologique: eine Glosse von Alain Adams
- Fotos des Abends



Fotos: Rob Schleich



Memberservice – Newsletter

Sie surfen gerne im Internet, schätzen eine schnelle Kommunikation und Sie wollen informiert sein? Dann nutzen Sie den neuen Mitgliederservice des Mouvement Ecologique und abonnieren Sie die Newsletter.

Unterhaltung / Service:

Im "Memberforum" finden Sie E-Cards, Bildschirmschoner, Hintergrundbilder und Videos zum herunterladen ... sowie regelmäßig Infos nur für Mitglieder. Das "Online-Angebot" für Mitglieder wird regelmäßig erweitert. Werfen Sie also weiterhin einen Blick in den Mitgliederbereich. Falls Sie Anregungen zu weiteren Angeboten haben, mailen Sie sie uns einfach auf meco@oeko.lu. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Füllen Sie einfach das „Memberservice“-Anmeldeformular online aus.

Information / Newsletter:

Profitieren Sie zudem vom kostenlosen Newsletter-Service. So erhalten Sie als Erste/r interessante Informationen und Stellungnahmen des Mouvement Ecologique, oder aber Sie können sich aktiver an der Gestaltung Ihrer Organisation beteiligen. Melden Sie sich an!

Dossier Meysemburg: Der Staat muss seine Verantwortung übernehmen!

Vor kurzem wurde in der Presse die Frage aufgeworfen, wie es mit dem Dossier Meysemburg weiter gehen soll. Schloss und Landschaftspark verfielen zusehends, während der Staat das Projekt stilllegte, so die Meldungen. Der Mouvement Ecologique bezog daraufhin erneut Stellung.

Bekanntlich konnte dank dem persönlichem Engagement zahlreicher BürgerInnen wie auch des Mouvement Ecologique die Zerstörung dieses so einzigartigen Kulturortes durch eine Golfanlage mitsamt Siedlungsprojekt verhindert werden.

Staat, Gemeinde und Besitzer setzten sich daraufhin an einen Tisch und wollten neue Nutzungen für das Areal entwickeln, dies im Respekt des Landschafts- und des Denkmalschutzes. Zurückbehalten wurde eine Variante „privatwirtschaftliche Nutzung der Bausubstanz bei gleichzeitiger Inwertsetzung des Landschaftsparks“. Gemäß Aussagen von Innen- und Umweltministerium sei das Projekt, das seit 3 Jahren einer Umsetzung harret, nunmehr jedoch nicht mehr aktuell.

Immerhin wurde das Areal jedoch vom Kulturministerium als „monument national“ unter Schutz gestellt. Die Frage stellt sich nun, weshalb das Dossier sich nicht weiter entwickelt hat.

Einerseits hat der Staat sich geweigert, den einmaligen Landschaftspark als solchen von den Besitzern abzukaufen, um ihn so den zukünftigen Generationen zu erhalten. Diese Weigerung steht in einem erstaunlichen Kontrast zur Entscheidung des Staates viele Hundert Hektar Waldfläche im „Gréngewald“ vom großherzoglichen Hof abzukaufen... Beide stellen letztlich einen wichtigen Teil unseres natürlichen und kulturellen Erbes dar!

Andererseits stellt sich die Frage: Wer sollte - in Ausführung der zurückbehaltenen Variante - die Aufgabe übernehmen, einen Promotor für die privatwirtschaftliche Nutzung des Schlosses zu gewinnen? Der Staat, die Gemeinde ...? Oder ist es vielleicht nicht so, dass alle betroffenen Ministerien die Situation verschlafen haben und gehofft hatten, das Problem würde sich von selbst lösen? In Ermangelung konkreter Informationen über die (nicht) getätigte Prospektionsarbeit wäre jeder Kommentar reine Spekulation. Bei einem historischen Gebäude wie dem Schloss Meysemburg darf man sich im Übrigen fragen, ob nur die privatwirtschaftliche Gewinnmaximierung zählt...

Fakt ist jedenfalls, dass auf der Grundlage der Unterschutzstellung des Schlosses der Denkmalschutzdienst den Informationen des Mouvement Ecologique nach eine Instandsetzung der Dachflächen plant und demnächst eine entsprechende Unterredung mit den Besitzern geplant ist. Diese staatliche Intervention ist gemäß Denkmalschutzgesetz möglich und gibt dem Staat auch weitergehende Rechte in diesem Zusammenhang. Diese Maßnahme ist von herausragender Bedeutung, da somit ein eventueller Verfall verhindert werden kann. Wäre es dann nicht auch sinnvoll, wenn das Kulturministerium, so wie es das neue Gesetz vorsieht, die Federführung übernehmen könnte, um eine Inwertsetzung im Sinne eines integralen Respektes des Landschafts- und Denkmalschutzes voran zu treiben?

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass staatlicherseits, gemeinsam mit der Gemeinde, interessierte Kreise (auch BürgerInnen) zusammen gerufen werden und die Entwicklungen und Fakten der vergangenen 3 Jahre offen auf den Tisch zu gelegt werden. Und statt dann lediglich ein neues theoretisches Szenarium festzuhalten, für das sich wohl niemand wirklich

einsetzt, sollten klare Zuständigkeiten ausgesprochen werden. Ein weiteres „Nichtstun“ wäre in der Tat unverantwortlich. Ein Aufkauf des Landschaftsparks durch den Staat ist nach Ansicht des Mouvement Ecologique noch immer aktuell; auch würde eine solche Entscheidung einen Rahmen einer sinnvollen privatwirtschaftlichen Nutzung des Schlosses und seines direkten Umfeldes förderlich sein.

Derzeit wird über eine Fusion der Gemeinden Larochette und Fischbach nachgedacht: der Name für die neue Gemeinde soll ... Meysemburg sein. Eine Entscheidung die Verpflichtung ist.



Fehlerhafte Messungen bei französischen Atomkraftwerken u.a. auch in Cattenom – die Luxemburger Regierung ist gefordert !

Das Bündnis «sortir du nucléaire» - dem auch der Mouvement Ecologique angehört - deckte dieser Tage eine äußerst skandalöse Situation in Bezug auf die Überwachung der französischen Atomkraftwerke auf. Der Mouvement Ecologique gab die Informationen an die Luxemburger Öffentlichkeit weiter, stellt aber auch konkrete Forderungen an die Luxemburger Politik.

Die Laboratorien von EDF, welche selbst die Messungen in der Umgebung der Atomzentralen durchführen - und Cattenom ist in diesem Zusammenhang direkt betroffen - verfügen aufgrund von Entscheidungen des 16. Dezembers 2008 seitens der «Autorité de sûreté nucléaire» (ASN) aus Frankreich nicht mehr über die erforderliche Zulassung. Die Qualität der Messungen wird von der ASN formell in Frage gestellt: «des biais de mesures incompatibles avec la qualité requise pour assurer la surveillance

wird und eine lückenlose Information besonders in Bezug auf die radioaktive Belastung im Umfeld von Cattenom einzufordern.

Eine Grundsatzfrage stellt sich in diesem Zusammenhang: Gab es oder gibt es unabhängige Messungen, die der Luxemburger Regierung bzw. der zuständigen Verwaltungsstelle im Gesundheitsministerium erlaubten, die Qualität der EDF-Messungen zu überprüfen? Falls dies nicht der Fall war, hätte unsere Regierung auf eine äußerst fahrlässige Art und Weise Luxemburger Interessen in Bezug auf eine eventuelle Strahlenbelastung der Bevölkerung bzw. der Umwelt aufs Spiel gesetzt! Falls dies jedoch der Fall war, wieso wurden die von der „Autorité de surveillance nucléaire“ festgestellten Qualitätsmängel nicht von Luxemburger bzw. unabhängiger Seite (auch) festgestellt? Hier muss eine unzweideutige Klarstellung der Regierung erfolgen!

Ist es überhaupt zulässig, dass ohne gesicherte Datenbasis die Atomkraftwerke, und darunter auch Cattenom, einfach weiter funktionieren könnten? Wäre es angesichts dieser globalen Gefahr nicht angebracht, dass Luxemburg sich sowohl gegenüber Frankreich als auch auf EU-Ebene endlich wieder konsequenter gegen Atomkraft engagieren müsste? Ist es noch möglich, alle rechtlichen Mittel zu nutzen, um den Anschluss Luxemburgs an das französische Stromnetz via Aubange zu verhindern? Wäre es nicht Zeit, grundsätzlich eine Revision der Betriebsbedingungen von Cattenom seitens der Regierung und in diesem Rahmen einer von den Anrainerstaaten kontrolliertem unabhängigem Monitoring einzufordern?

Mehr Infos im Internet, hier können Sie sich auch an einer Unterschriftenaktion beteiligen:
<http://www.sortirdunucleaire.org/>



de la radioactivité de l'environnement. Im Klartext: EDF-Messungen beschönigen die Situation. Die Abweichungen in den Messresultaten betragen zwischen 10 und 15% der zulässigen Messverfahren, für spezifische Substanzen scheinbar sogar bis zu 40%.

Angesichts dieser unhaltbaren Situation erwartet der Mouvement Ecologique, dass die Luxemburger Regierung bei den zuständigen französischen Instanzen kurzfristig vorstellig

Für ein nachhaltiges, sozial-ökologisch orientiertes

Wie in anderen Ländern, wird nun auch in Luxemburg über die Notwendigkeit der Erstellung eines Konjunkturprogrammes diskutiert. Ein diesbezügliches Dokument seitens der Regierung scheint aber noch nicht vorzuliegen. Angekündigt wurde eine Diskussion mit den Sozialpartnern, dies im Laufe dieser Woche. Welche genauen Ziele, welche Prioritäten ein eventuelles Konjunkturprogramm verfolgen soll bzw. welches der finanzielle Umfang sein soll, ist somit noch unklar. Auch die geschaffene Spezialkommission der Abgeordnetenversammlung „crise économique et financière“ scheint ihre Arbeiten ohne ein solches Grundlagendokument seitens der Regierung aufgenommen zu haben. Für den Mouvement Ecologique ist es wesentlich, dass die Erstellung eines Konjunkturprogrammes im Rahmen des Luxemburger Planes für eine nachhaltige Entwicklung erfolgen muss.



Konjunkturprogramm an Zielen der nachhaltigen Entwicklung orientieren

Der Mouvement Ecologique ist der festen Überzeugung, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Debatten um das Konjunkturprogramm dazu genutzt werden sollen, um

grundsätzliche Akzente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu setzen, um Luxemburg zukunftsfähiger zu gestalten.

Es sollten bewusst (nur) solche Projekte verstärkt unterstützt werden, welche einen realen Beitrag leisten zur Erreichung der Klimaschutzziele, zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Steigerung der Gewässergüte, zur regionalen, ressourcenleichten und naturverträglichen Ökonomie, zur sozialen Kohäsion ... Dabei soll die Gewichtung auf der Steigerung des Wohlstandes und des Gemeinwohls - statt auf einem unkohärenten Wachstum liegen.

Diese Verknüpfung eines Konjunkturprogrammes mit den Nachhaltigkeitszielen ist umso wichtiger, da somit vielfach eine sogenannte Win-Win-Situation erreicht werden kann: sowohl Vorteile aus ökologischer, ökonomischer als auch aus sozialer Sicht:

- Arbeitsplätze können erhalten sowie geschaffen werden, auch indem die regionale Ökonomie gestärkt wird;
- die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten wird reduziert (und die damit verbundenen Kosten);
- auch entstehen vielfach Vorteile für den Einzelnen (geringere Energiekosten, behaglichere Atmosphäre durch eine bessere Isolation ...) durch z.B. die Förderung von Energieeffizienz, einem verbesserten Mobilitätsangebot;
- CO₂-Emissionen werden eingespart und somit wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet, was ebenso aus ökonomischer Sicht vorteilhaft ist (Gelder werden z.B. nicht für umstrittene CDM Projekte u.ä. genutzt, sondern kommen der nationalen Wirtschaft zu Gute);
- und ein nachhaltiges Konjunkturprogramm könnte genutzt werden, um ebenfalls Akzente im sozialen Sektor zu setzen.

Es gilt demnach die aktuelle Krisensituation zu nutzen und dank eines sinnvollen zukunftsorientierten Konjunkturprogrammes kurzfristig Arbeitsplätze zu stabilisieren und zum Teil neu zu schaffen sowie unser Wirtschaftssystem zu ökologisieren und den sozial-ökologischen Umbau zu beschleunigen.

Die Krise kann somit auch eine Chance für einen Kurswechsel in unserer Gesellschaft darstellen, wenn die Weichen denn richtig gestellt werden. Es gibt viele Ideen, die einer Umsetzung harren

Konsumsteigerung – kein Ziel an sich!

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den gesellschaftspolitischen Diskurs sind befremdend. Hatte man doch in der Vergangenheit den Eindruck gewonnen, dass - neben der notwendigen sozialen Absicherung für alle BürgerInnen und der Minderung der Armut in unserer Gesellschaft - sich die Stimmen jener mehrten, die da den ungebremsten Konsum nicht mehr als Lebensziel eines Einzelnen darstellten, und eine Maximierung materieller Güter auch nicht mehr in diesem Ausmaß als prioritärstes politisches Handlungsfeld ansehen würden.

In Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte der letzten Jahre schienen Fragen wie folgende in der Tat im Vordergrund zu stehen: Wie soll in den reichen Ländern der Welt „Wohlstand“ definiert werden? Ist ein unbegrenztes Wachstum angesichts eines begrenzten Planeten tatsächlich machbar? Muss statt eines blinden Konsums in westlichen Ländern nicht auch vor allem die Frage der Gerechtigkeit auf diesem Planeten zwischen Nord und Süd gestellt werden, und was bedeutet dies für unsere Lebensgewohnheiten? ... Ist eine nachhaltige Konsum-Gesellschaft möglich?

Und auch wenn ein sozial-ökologischer Umbau zunächst einen Wachstumsschub auslösen kann, wird sich u.a. der erforderliche Rückbau des fossilen Ressourcenverbrauchs um 80-90 Prozent bis 2050 kaum mit einer Verdoppelung des Bruttoinlandsproduktes vereinbaren lassen (dies bei einem jährlichen Wachstum von 1,5%, wobei Luxemburg gemäß Lissabon-Strategie bis 2020 sogar von einer Wachstumsrate von 4% ausgeht).

Diese grundsätzlichen Fragen einer nachhaltigen Entwicklung scheinen nun, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder der Maxime des „Gebotes des Konsums“ zur Rettung eines wachstumsabhängigen Wirtschaftssystems weichen zu müssen.

Zukunftsfähigkeit erfordert jedoch bereits heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein „gutes“ Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein. Ein Dreiklang ist notwendig, so wie in der zentralen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ beschrieben wird: Besser - anders - weniger - oder aber anders formuliert: notwendig ist ein Dreiklang von Dematerialisierung (Effizienz), Naturverträglichkeit (Konsistenz) und Selbstbegrenzung (Suffizienz).

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass eine tiefgreifende gesellschaftspolitische Debatte, wie wir leben wollen, wie eine zukunftsfähige Gesellschaft mit hoher Lebensqualität aussehen soll, unerlässlich ist. Eine derartige Debatte wird dabei unweigerlich auch die undifferenzierte Steigerung des materiellen Konsums in Frage stellen müssen.

„Verschrottungsprämie“ für Wagen: keine Maßnahme im Sinne eines nachhaltigen Konjunkturprogrammes

Der Umweltminister hat als einziges Regierungsmitglied bisher erste Vorstellungen auf den Tisch legt, die konjunkturell wirksam sein können und gleichzeitig gemäß der Konzeption der Regierung Nachhaltigkeitsziele berücksichtigen: das Projekt einer staatlichen Prämie beim Kauf neuer Kühlschränke, die Subventionen im Bereich der Sanierung von Altbauten und des energieeffizienten Neubaus bzw. die geplante Einführung einer sog. Verschrottungsprämie für Autos. Eine zeitlich befristete Prämie auf dem Kauf von „Bestgeräten“ im Haushaltsbereich ist durchaus sinnvoll: damit kann in der Tat deren Markteinführung erleichtert und gefördert werden. Ökobilanzen zeigen in der Tat auf, dass der Ersatz von Kühlgeräten bereits nach 5 Jahren sinnvoll ist. Die Einführung einer „Verschrottungsprämie“ für Autos käme jedoch nach Ansicht des Mouvement Ecologique einer Verschleuderung von Steuergeldern gleich.

Der Mouvement Ecologique spricht sich aufgrund zahlreicher Argumente gegen diese Verschrottungsprämie aus:

- Geld wird überwiegend für sog. Mitnahmeeffekte ausgegeben: Es ist davon auszugehen, dass vor allem Mitnahmeeffekte finanziert werden. Luxemburg hat eine recht neue Fahrzeugflotte und Besitzer von Wagen, welche älter als 10 Jahre sind, denken zu einem guten Teil wohl bereits von sich aus an einen Neukauf. Der Staat würde somit unnötigerweise erhebliches Geld für Maßnahmen ausgeben,

die sowieso realisiert werden würden.

- **Eher negative Ökobilanz:** Der Bau eines Wagens ist mit einem besonders hohen Ressourcen- und Energieverbrauch verbunden. Ein Wagen müsste bereits besonders alt sein, damit sich dieser Verbrauch gegenüber der zu erwarteten Einsparung rechnen könnte. Experten gehen von Personenwagen aus, die mindestens älter als 12 Jahre sind. Andere führen an, dass die Bilanz sogar noch bei derartigen Modellen negativ bleiben würde.

- **Hohe Kosten:** Die Kosten für eine vermiedene Tonne CO₂ sind im Vergleich zu anderen Maßnahmen sehr hoch. Gebäudesanierung, Förderung des öffentlichen Transportes ... sind Maßnahmen, welche mit verhältnismäßig weniger Geldern durchaus höhere CO₂-Einsparungen mit sich bringen.

- **Undifferenzierte Finanzierung:** Unverständlich ist zudem die Tatsache, dass als Kriterium für die Zuerkennung der Abwrackprämie nicht der Wert von 120 mg CO₂/km genommen wurde, sondern sogar sogar Wagen mit einem CO₂-Ausstoß von bis zu 150g CO₂/km eine Subvention erhalten sollen! Kommt hinzu, dass die Maßnahme auch noch über den Kyoto-Fonds finanziert werden soll.

- **Gelder fließen überwiegend ins Ausland:** Wohl profitieren z.T. Luxemburger Autohändler von der Prämie. In Luxemburg jedoch werden keine Wagen hergestellt; in wiefern die Abwrackprämie

den Luxemburger Zuliefererbetrieben im Automobilbereich zu Gute kommen würde, ist reine Spekulation. Der Vorteil für die Luxemburger Ökonomie ist demnach marginal.

- **Ausgaben im Sinne des Individualverkehrs:** Fakt ist, dass der Staat außerdem erneut beabsichtigt erhebliche Gelder in den Individualverkehr zu investieren. Konnte man ggf. die CARE-Prämie für Neuwagen noch zum Teil als Markteinführungsstrategie akzeptieren, so findet mit der Verschrottungsprämie eine direkte Förderung des Individualverkehrs statt. Dies indem nicht prioritär gezielt eine verbesserte Technologie gefördert wird, sondern grundsätzlich eine Prämie für einen Neukauf bezahlt wird. Wäre der Nutzen erheblich, ließe sich noch darüber diskutieren, doch angesichts der angeführten Argumente (hohe Kosten mit geringem Nutzen u.a.m.) ist die Maßnahme nicht tragbar. Mit den vorgesehenen Geldern könnten wohl x-Häuser von sozial benachteiligten Familien saniert werden, oder monatlang ein Gratis-Night-Rider angeboten werden.

Schlussfolgerung: Das Geld – es wird sage und schreibe von 10 Millionen Euro ausgegangen – könnte an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden. Das Konzept der Einführung der Verschrottungsprämie sollte überdacht werden. Gerade derartige Maßnahmen sollten nicht im Rahmen eines nachhaltigen Konjunkturprogrammes finanziert werden.

s Konjunkturprogramm

Elemente eines zukunftsfähigen Konjunkturprogrammes

Der Mouvement Ecologique möchte Ideen für ein Konjunkturprogramm offen legen. Dabei sei hervorgehoben, dass der Mouvement Ecologique aufgrund seines Selbstverständnisses prioritär Maßnahmen mit einer spezifischen Nachhaltigkeits-Relevanz darlegt. Es versteht sich von selbst, dass Investitionen im sozialen Sektor sowie in die Bildung, Forschung und Kultur ebenso im Sinne eines zukunftsorientierten Konjunkturprogrammes wären.

Wirtschaft

1. „Green jobs“-Initiative in Luxemburg starten

Der Klimaschutz, die nachhaltige Entwicklung können bewusst als Motor genutzt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird u.a. auf beeindruckende Art und Weise in einer Studie „Emplois verts: pour un travail décent dans un monde durable, à faibles émissions de carbone“ der Vereinten Nationen (UNEP), des internationalen Gewerkschaftsbundes und der internationalen Arbeitgeberorganisation dargelegt, welche rezent gemeinsam von Mouvement Ecologique und OGBL vorgestellt wurde.

Dabei ist aber auch gewusst, dass diverse Branchen, wie z.B. im Bereich der Logistik, eher mit Problemen zu rechnen haben werden. Im Rahmen einer konzertierten Aktion zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren sollte gezielt untersucht werden, welche Chancen es auf der Ebene der „green jobs“ in Luxemburg gibt und wie evtl. Problemfelder offensiv angegangen werden können. Insofern sollte auch gezielt untersucht werden, wie bestehende Arbeitsplätze in momentan eher krisenanfälligen Branchen umorientiert werden können (bsp. Transportsektor im Warenbereich) und wie zukunftssträchtige Branchen weitaus stärker entwickelt werden könnten (bspw. erneuerbare Energien). Die geplante Organisation eines Work-Shops von Umwelt- und Wirtschaftsministerium sowie der „Chambre des salariés“ zu diesem Thema wird vom Mouvement Ecologique ausdrücklich begrüßt. Luxemburg braucht eine zusammenhängende Strategie in diesem Bereich, um seinen Wirtschaftsstandort in zukunftssträchtigen Bereichen (weiter) zu entwickeln; die von Wirtschafts- und Umweltministerium eingeleitete Studien über Öko-Technologien können eine weitere wichtige Grundlage für eine solche Strategie darstellen.

2. Einstieg in Energie- und Ressourceneffizienzwirtschaft – Systematische Betriebsberatung im Sinne des Umweltmanagements

Betriebe sollten weitaus stärker angeregt werden, ihre Produktionsprozesse im Bereich Ressourcen- und Energieeffizienz zu optimieren. Durch Beratungsprogramme, durch Neu-investitionen u.a.m. werden nicht nur Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen, sondern mittelfristig auch die wirtschaftlichen Prozesse zukunftsfähiger gestaltet. Auch die Instrumente, die im Rahmen der Öko-Design-Richtlinie vorgesehen sind, sollten genutzt werden.

3. Entwicklung von sinnvollen Marktanreiz-Programmen / konzertierte Aktionen mit dem Handel

Um energiesparenden Produkten, Bauweisen usw. zum Durchbruch zu verhelfen, reichen allgemeine Sensibilisierungsaktionen bei weitem nicht mehr aus. Es sollte die Rolle des Staates sein, regelrechte Markteinführungs-Programme zu erstellen und gemeinsam mit den Akteuren umzusetzen (wobei auch gezielt die nicht luxemburgisch sprechende Bevölkerung eingebunden werden muss, sowie spezifische Konzepte für finanziell schwächer gestellte Gruppen entwickelt werden sollen). Finanzielle Fördermaßnahmen allein reichen nicht aus, um einen kurz- und langfristigen Effekt zu erzielen!

4. Regionale Märkte weiter entwickeln, regionale Produkte fördern und Initiativen stärken

Aus hinlänglich bekannten Gründen (Arbeitsplätze vor Ort schaffen, Verringerung der Verkehrswege, Verbleib des Ertrags vom Wirtschaftsprozess in der Region) gilt es die regionale Produktion zu unterstützen. Wohl erfolgt dies teilweise in Leadergebieten sowie in Naturparkregionen. Allerdings gälte es diese Unterstützung im Allgemeinen konsequenter auszubauen, losgelöst von der Region und von bestimmten zeitlich angesiedelten EU-Förderprogrammen. Auch in diesem Bereich sollten die jeweils zuständigen Ministerien die Beratung vorantreiben, Unterstützung auf finanzieller Ebene gewährleisten sowie die Informations- und Sensibilisierungsarbeit für regionale Produkte unterstützen u.a.m. Zudem gilt es mittels Lastenheften des Staates, innerhalb der Verwaltung, in angegliederten Strukturen (z.B. Lyzeen usw.) gezielt den Absatz regionaler Produkte zu fördern.

5. Neuartige Dienstleistungsformen / Solidarwirtschaft fördern

Sicherlich werden durch diese Maßnahme kurzfristig keine hunderte von neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Doch mittel- bis langfristig können sie ein wichtiges Element in einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur darstellen (und z.T. auch benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu Arbeitsplätzen zu verhelfen): Die Förderung von Reparaturzentren; das Vermieten statt des Verkaufs von Geräten; Projekte wie Car-Sharing, Mitfahrzentralen ... sind nicht nur Projekte, die den Ressourcenverbrauch reduzieren helfen, sondern schaffen Arbeitsplätze für Menschen, die z.T. ansonsten schwerer zu vermitteln wären.

Klima- und Effizienzstrategie

6. Energetische Sanierung staatlicher Gebäude konsequenter angehen

Der Staat sollte gemäss Prioritätenplan weitaus dynamischer als in der Vergangenheit seine eigenen bestehenden Gebäude aus energetischer Sicht sanieren, das Bautenministerium müsste über die diesbezüglichen notwendigen Finanzmittel verfügen. Das Programm könnte noch weitaus konsequenter vorangetrieben werden, als dies derzeit der Fall ist. Entsprechend sollte ein transparenter Prioritätenplan veröffentlicht und konsequent durchgezogen werden.

7. Altbauanierung bei Privathäusern vorantreiben

Das Energieeinsparpotenzial im Gebäudebereich liegt bei etwa vierzig Prozent. Ein guter Teil der älteren Wohnungen, jedoch auch des rezenten Wohnbestandes, ist energetisch sanierungsbedürftig. Mit dem aktuellen Tempo braucht Luxemburg – trotz guter Fördermaßnahmen – noch Jahrzehnte, bis das Soll erfüllt ist. Die staatlichen Subventionsprogramme alleine reichen nicht aus, um der Altbauanierung zum Durchbruch zu verhelfen. Eine regelrechte Marktoffensive ist erforderlich, Programme sollen mit dem Handwerk erstellt werden, auch sollten weitergehende Fördermaßnahmen in Bezug auf eine Krediterleichterung geprüft werden. Eine weitaus gezieltere Informationsoffensive aller Akteure u.a.m. ist unerlässlich.

8. Sanierung von Mietwohnungen

Fakt ist, dass derzeit der Anreiz von Hausbesitzern die Sanierung von Mietwohnungen durchzuführen noch recht gering ist. Denn die Eigentümer selbst ziehen nur begrenzt einen direkten Nutzen daraus, wenn der Energieverbrauch der Mietwohnung reduziert werden kann. Neue Modelle, bei dem sowohl Vermieter als auch Mieter von der energetischen Sanierung und den gesunkenen Heizkosten profitieren, sollen umgehend entwickelt und umgesetzt werden. MieterInnen müssen zudem in einem

gewissen Ausmaß das Recht bekommen, entsprechende Sanierungen zu verlangen.

9. Erneuerbare Energien konsequenter umsetzen / Luxres-Studie aus der Schublade nehmen

Kein Neubau ohne Solaranlage, Betriebe mit großen Dachflächen in Aktivitätszonen für die Einrichtung erneuerbarer Energien gewinnen, noch stärker als bisher Gemeinschaftsanlagen fördern ... es liegen noch zahlreiche ungenutzte Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien, die es endlich aufzugreifen gilt. Auch hier heisst es: Markteinführungsprogramme, konsequente Beratung, offensiveres Herangehen an Akteure u.a.m. Die staatliche Luxres-Studie, in der eine Potenzialanalyse für den Ausbau erneuerbarer Energien durchgeführt wurde, macht konkrete Vorschläge, die zum größten Teil einer Umsetzung harren.

10. Nah- und Fernwärmenetze ausbauen

In Luxemburg liegt die Verlegung von Nah- und Fernwärmenetzen noch in den Kinderschuhen, was sicherlich auch an den derzeit nicht ausreichenden Subventionen liegt. Der Staat sollte diese Fördergelder massiv aufstocken.

11. Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen ausbauen und weiter fördern

Diese Anlagen erzeugen nicht nur Strom, sondern nutzen auch die Wärme und sind insofern aus ökologischer und energetischer Sicht besonders sinnvoll. Deren Bau schafft Arbeitsplätze vor Ort, statt dass Gelder für den Energieimport überwiegend an Energiemultis und Spekulanten gezahlt werden müssen.

12. Flächendeckende Energieberatung verstärken

Von herausragender Bedeutung wäre es zudem, die Energieberatung weitaus attraktiver zu gestalten: Wenn denn das Energiesparen von derart zentraler Bedeutung im Klimabereich ist und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden können, warum dann nicht – neben anderen Maßnahmen – sogar die Energieberatung weiterhin verbilligen, da sie die Grundvoraussetzung für das Energiesparen ist und somit auch Unentschlossene gewonnen werden können?

13. Gemeinden als „Wirtschafts-Akteure“ anerkennen

Wer will, dass auch Gemeinden in einem Konjunkturprogramm ihre Aufgabe übernehmen sollen, muss auch hier die Rahmenbedingungen verbessern. Darf eine Gemeinde sich an einer Gesellschaft (sàrl oder S.A.) beteiligen, um z.B. eine Energieproduktionsanlage zu betreiben? Darf das Innenministerium das Prinzip, dass eine Gemeinde keinen Gewinn durch den Verkauf von Dienstleistungen erwirtschaften darf, soweit führen, dass eine Kostenberechnung in der Praxis fast unmachbar wird? Warum darf eine Gemeindetaxe keinen dynamischen Kostenfaktor enthalten, der sich z.B. an Energiekosten des freien Marktes orientiert? Ohne eine Klärung solcher Schlüsselfragen werden einige sinnvolle Projekte, wie z.B. kommunale Nahwärmenetze mit Anschluss von Privathaushalten, nicht vorankommen. Diese Fragestellung muss umgehend geklärt werden, damit auch Gemeinden eine dynamischere Rolle übernehmen könnten.

(weiter Seite 6)

Aktionsplan für benachteiligte Bevölkerungsgruppen

14. Aktionsprogramm „Soziales und Umwelt“

Fakt ist, dass Personen mit geringerem Einkommen kaum Zugang zu diversen zentralen Initiativen im ökologischen Bereich haben: Ein gewisses Grundeinkommen ist z.B. notwendig, um überhaupt ein Haus energetisch sanieren zu können. Z.T. sind ökologische Produkte, z.B. energiesparende Geräte, in der Anschaffung teurer als herkömmliche (auch wenn sie mittel- bis langfristig Kostenvorteile mit sich bringen), so dass sie bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen weniger auf Anklang stossen. Zudem werden verschiedene Bevölkerungsschichten (wie z.B. ausländische MitbürgerInnen) erfahrungsgemäß mit den heutigen Kommunikationsmitteln überhaupt nicht für Themen wie Energiesparen usw. gewonnen. Es sollte deshalb ein gezielter Aktionsplan „Soziales und Umwelt“ für finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen entwickelt werden, der umgehend umgesetzt werden müsste.

15. Energetische Optimierungen auf der Ebene des Sozialen Wohnungsbaus

Staat und Gemeinden sollten gezielt Sanierungsmaßnahmen aus energetischer und ökologischer Sicht an ihrem Gebäudebestand im Bereich sozialer Wohnungsbau durchführen, denn gerade dort kämen Energieeinsparungen jenen zu Gute, die unter hohen Energiekosten am meisten zu leiden haben.

Naturschutz / Biodiversität Mensch und Kultur schützen

16. Durchgrünung der Siedlungen deutlich erhöhen

Im Siedlungsbereich besteht vielerorts ein erheblicher Bedarf Grünflächen anzulegen, um sowohl die Lebensqualität der Menschen als auch die biologische Vielfalt zu verbessern. Deshalb sollten die Gemeinden staatlicherseits angeregt und unterstützt werden, um die Durchgrünung ihrer Ortschaften mit einheimischen Arten voranzutreiben (Begrünung entlang von Straßen; Gebäude, Türme, Stadtmauern u.ä. Bauten mit ihren Lücken- und Nischenstrukturen für Pflanzen und als Brutstätten für Tiere erhalten und neu gestalten u.a.m.).

17. Kulturlandschaftsprogramm in die Wege leiten

In diesem Sektor könnte so manche Initiative ergriffen werden, die für Garten- und Landschaftsbauunternehmen von Vorteil wäre: von der Renaturierung ausgeräumter oder defizitärer Landschaften z.B. Bongertenlandschaften im Osten, Lohheckennutzung im mittleren Ösling bis hin zu Hecken und Solitärbäumen im Raum Mersch - Redingen.

18. Gewässerprogramm konsequent angehen

Die Wiederherstellung naturnaher Fließgewässer (Durchgängigkeit, Uferstrukturen) sollte, wie auch in der Wasserrahmenrichtlinie vorgesehen, umgehend

angegangen werden. Entsprechende Maßnahmen bieten nicht nur Vorteile aus Naturschutzsicht, sondern auch im Sinne des Hochwasserschutzes.

19. Biotopverbund-Systeme verstärken

Grundsätzlich sollten weitaus stärker Gelder in die Schaffung von größeren Biotopverbund-Systemen investiert werden. Solche Projekte sind recht arbeitsintensive Maßnahmen, die Menschen ansprechen, die ansonsten auf dem Arbeitsmarkt z.T. schwerer zu vermitteln sind. Hierzu gehören auch Wildtierpassagen, Landschaftsbrücken an bestehenden Straßen- und Bahntrassen (in Kombination mit Kulturlandschaftsprogramm).

Wasserschutz

20. Bau und Erneuerung von Kläranlagen sowie von Kanalnetzen vorantreiben / Quellfassungen erneuern und absichern

Es gibt in Luxemburg bekanntlich noch erhebliche Defizite auf der Ebene der Kläranlageninfrastrukturen. Auch hier gälte es kurzfristig durch zusätzliche Investitionen für einen Qualitätssprung zu sorgen und eine weitaus zügigere Bearbeitung drängt sich auf, dies im Sinne einer fristgerechten Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Auch sonstige Projekte der Wasserrahmenrichtlinie, wie z.B. Renaturierungsmaßnahmen und Regenwassermanagement, sollten kurzfristiger als wohl bisher geplant angegangen werden.

Mobilität

Der Ausbau sowohl der Dienstleistungen als auch der Infrastrukturen auf der Ebene des öffentlichen Transportes ist äußerst arbeitsintensiv, aber umso zukunftsweisender. Deshalb sollten Investitionen im Bereich des öffentlichen Transportes allerbeste Priorität genießen.

21. Mobilitätsberatung für Betriebe, Erweiterung der flexiblen Angebote im Mobilitätsbereich

So mancher Arbeitsplatz könnte geschaffen werden, in dem noch weitaus intensiver als in der Vergangenheit Projekte zur Förderung des öffentlichen Transportes und der sanften Mobilität unterstützt werden würden: Berater zur Erstellung von Mobilitätskonzepten (und Vermarkter dieser Ideen), verstärktes Angebot an spezifischen Busdiensten, sind zentrale Stichworte in diesem Zusammenhang. Dafür ist ebenso eine Fortentwicklung des Verkehrsverbundes notwendig.

22. Umgestaltung der Straßenräume für sanfte Mobilität – Ausbau des Radwegenetzes

So mancher Arbeitsplatz ließe sich auch schaffen, wenn das Straßennetz graduell umgestaltet werden würde: Radpisten, Begrünung, zusätzliche Fußwege sind zentrale Elemente in diesem Kontext. Außerdem könnten sowohl auf der Ebene der Planung als auch der Umsetzung Arbeitsplätze durch die weitere Gestaltung von Radwegen geschaffen werden.

23. Investitionen in Ausbau der Schieneninfrastrukturen vorantreiben

Auch wenn Maßnahmen auf der Ebene der Schieneninfrastruktur nicht alle kurzfristig greifen, so sind sie doch von mittel- bis langfristiger Bedeutung. Der prioritäre Ausbau der Schieneninfrastrukturen ist die Voraussetzung für die Absicherung von Arbeitsplätzen vor Ort und ist zudem eine zentrale Zukunftsinvestition für unser Land.

Was Luxemburg – mit einem der dichtesten Straßennetze der Welt – hingegen definitiv nicht braucht, sind neue Straßen. In diesem Bereich sollte nur in die Sanierung und Sicherheit der bestehenden Straßen und Brücken investiert werden. Neue Straßen führen zu mehr Verkehr, verlagern Verkehr, lösen grundsätzlich jedoch keineswegs unsere Verkehrsprobleme.

Sanfter Tourismus

24. Sanften Tourismus fördern

Im Tourismusbereich liegt noch so manches Entwicklungspotenzial, auch kurzfristig. Zahlreiche Maßnahmen, die in vielen Analysen auch des Europäischen Tourismusbüros dargelegt wurden, könnten weitaus zügiger angegangen werden. Die Maßnahmen reichen von einer weiteren Professionalisierung, über eine bessere und innovativere Vermarktung bis hin zu mittel- bis langfristigeren Maßnahmen, wie beispielsweise die Schaffung von neuen Indoor-Aktivitäten. Das Dossier Meysenburg ist derzeit ein gutes Beispiel für verpasste Chancen, die schneller aufgegriffen werden könnten. Gerade im Bereich eines naturverträglichen Tourismus liegen kurzfristig Chancen, u.a. auch für bestimmte Adressaten-Gruppen, wie z.B. Familien u.a.m.

Entscheidungsstrukturen optimieren

25. Bürokratie abbauen – allerdings ohne Beschneidung der Bürgerrechte

Bestimmte Kreise fordern, die Entscheidungsprozesse müssten gerafft werden. Der Mouvement Ecologique ist der Meinung, dass in der Tat allzu häufig auch aufgrund schlecht durchdachter Gesetze Entscheidungsprozesse unnötig verschleppt werden (z.B. im Rahmen der Umsetzung der Planungsrichtlinie, wo keine Harmonisierung mit anderen Gesetzgebungen mit ähnlichen Prozeduren erfolgte, oder beim neuen Gesetz betreffend die Flächennutzungsplanung in den Gemeinden).

Auf keinen Fall jedoch darf diese Überarbeitung von Prozeduren dazu führen, dass Bürgerrechte beschnitten oder Umweltnormen in Frage gestellt werden. Der Mouvement Ecologique bleibt auch der Überzeugung, dass Entscheidungen umso kurzfristiger umsetzbar sind, desto transparenter sie auch im Vorfeld mit den BürgerInnen diskutiert werden.

Grundsätzliche Voraussetzungen

- Die notwendigen personellen Voraussetzungen schaffen

Selbst das bestgemeinte Konjunkturprogramm kann nur dann umgesetzt werden, wenn auch auf staatlicher Ebene die personellen Voraussetzungen hierzu gegeben sind. Kurzfristige Effekte im Sinne der Nachhaltigkeit UND der Wirtschaft bzw. der Arbeitsplätze sind nur möglich, wenn regelrechte Task-Forces – zumindest zeitbegrenzt – mit entsprechend qualifizierten Teams zur Verfügung stehen, um eine Umsetzung überhaupt zu ermöglichen. Es braucht also auch Investitionen in Menschen!

- Finanzierungsplan offen legen

Zukunftsfähigkeit bedeutet auch eine auf Langfristigkeit ausgelegte Budgetpolitik zu betreiben. Insofern erwartet

der Mouvement Ecologique, dass in aller Offenheit die Finanzierbarkeit von Maßnahmen offen gelegt wird. Der Mouvement Ecologique möchte erneut darauf verweisen, dass der Staatshaushalt untersucht werden soll, welche bis dato finanzierte Maßnahmen nicht konform zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung und nicht mehr erwünscht sind. Die hier eingesparten Gelder könnten im Sinne eines ökologischen Konjunkturprogrammes genutzt werden.

- Der Luxemburger Wirtschaftsstandort morgen: Notwendigkeit einer Zukunftsdebatte

Doch losgelöst von einem „nachhaltigen Konjunkturprogramm“ sollte Luxemburg sich weitaus grundsätzlicheren Fragen stellen.

Wie kann ein nachhaltiger Wirtschaftsstandort Luxemburg aussehen? Wie kann eine langfristige abgesicherte nachhaltige Budgetpolitik, wie ein nachhaltig abgesichertes Sozialsystem gestaltet werden? Wie auch soll die Rolle Luxemburgs in der Großregion aussehen? Positiv wertet der Mouvement Ecologique, dass Wirtschafts- und Umweltministerium an der Studie über „Ökotechnologien“ arbeitet. Die Umsetzung dieser Studie sollte zügig angegangen werden.

Ein eventuelles Konjunkturprogramm wird unweigerlich zusätzlichemstaatliche Ausgaben nach sich ziehen. Diese sind – im Hinblick auf zukünftige Generationen – dann zu verantworten, wenn sie zukunftstragende Weichenstellungen im Bereich von Wirtschaft, Ökologie und Sozialem ermöglichen.

Neues Jagdgesetz endlich verbessern und verabschieden

Aufgrund der rezenten Debatten um das Jagdgesetz möchten der Mouvement Ecologique und die Lëtzebuerg- a Vulleschutzliga wie folgt Stellung beziehen.



Die Jagd befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen den privaten Interessen der Jäger, Tierschutz- und Naturschutzaspekten. Die bisherige Jagdpraxis ist in zahlreichen Punkten nicht tragbar: von der unzureichenden Kontrolle der Qualifikation der Jäger über die Wildfütterung bis hin zu äusserst problematischen Treibjagden. Die Natur- und Umweltbewegungen treten aber durchaus europaweit für eine Jagd unter sehr strikt geregelten Bedingungen ein.

Denn die heutigen überhöhten Wildbestände stellen unzweifelhaft ein Problem für die Ökosysteme dar. Insbesondere die Naturverjüngung und die Artenvielfalt der Waldökosysteme sind durch den Frassdruck des Reh- und Rotwildes stark beeinträchtigt.

Derweil die hohen Wildschwindichten vor allem Schäden in der Landwirtschaft, sowie an den bodengebundenen Tierarten anrichten. Es gilt dann auch die Jagdbedingungen weitaus stringenter zu regeln als in der Vergangenheit, dies auch im Interesse eines verstärkten Tierschutzes!

Der Entwurf des Jagdgesetzes des Umweltministeriums behebt wesentliche bestehende Mängel: so wird die Jagd nicht mehr per se als im Interesse der Allgemeinheit angesehen, sondern weitaus restriktiver geregelt, auch soll sie den Prämissen der nachhaltigen Entwicklung unterliegen. Dementsprechend wird ein Fütterungsverbot eingeführt, ebenso wie eine ausgewogene Balance zwischen dem Recht des einzelnen Grundbesitzers und der notwendigen Regulation des Wildbestandes. Erhöhenswert ist zudem, dass die Beiz- und Fallenjagd verboten wird.

Nichts desto trotz, gibt es eine ganze Reihe von weitgehenden Mängeln im Gesetzesentwurf, die unbedingt behoben werden müssen: so z.B. sollte der Begriff «nachhaltige Jagd» expliziter geregelt werden. Ein besonders wesentlicher Verbesserungsvorschlag ist aber die Einführung von Weiserflächen, und deren Kontrolle durch Wildbiologen. Diesen Fachleute sollte es vorbehalten bleiben

entsprechend der Höhe der Verbißschäden «Abschusspläne» zu definieren, sodass nicht mehr der Jäger entscheiden darf, wieviel Wild wo geschossen werden soll. Ein Schwachpunkt bleibt auch, dass der Begriff der Lockfütterung nicht eindeutig definiert wird. Ebenso gilt es, die Praxis der Treibjagden derart zu verändern um zu gewährleisten, dass die notwendige Reduzierung des Schalenwildes tierschutzgerecht abläuft. Im Gesetz sollte auch ein eindeutiges Tötungsverbot von Haustieren verankert sein.

Diese und andere Verbesserungen am Gesetzesprojekt (stärkere Überwachung, bessere Aus- und Weiterbildung der Jäger, ...) sind sinnvoll und problemlos machbar. Auf jeden Fall aber muss das alte Gesetz abgelöst und erneuert werden, und der vorliegende Entwurf stellt eine gute Basis für eine weitgehende Optimierung der Jagdpraxis in Luxemburg dar.



LËTZEBUERGER
NATUR- A
VULLESCHUTZLIGA
www.lnv.lu



mouvement
écologique

Pferde auf dem zweiten Stockwerk ...

Normalerweise werden im *Kéisecker-Info* keine allgemeinen Artikel veröffentlicht. Da sich aber Problemfälle ähnlich wie folgender zum Teil häufen, soll ausnahmsweise ein Naturschutzdossier spezifisch thematisiert werden. Dass der Bebauungsdruck auf die Landschaft in der letzten Zeit stark gestiegen ist, ist gewusst. Derzeit besteht zudem ein starker Druck, neue Ställe und Hallen in relativ ungestörten Landschaften zu errichten. Der "*Kéisecker-Info*" veröffentlicht einen leicht zynisch formulierten Beitrag über einen besonders pikanten Fall, er steht symptomatisch für die Hartnäckigkeit verschiedener Personen sowie die schleppende Kontrolle seitens der Forstverwaltung.

Der Beginn

Ein idyllisches Dörfchen am Nordrand des Grünwaldes, eine (noch) schön strukturierte Agrarlandschaft, ein Pferdeliebhaber ... Aber da fehlt doch was? Richtig, ein ordentlicher Stall und eine etwas größere Weidefläche für die Pferde. Unser Tierfreund ist eher in die Kategorie des zupackenden Typs einzureihen, ein Mensch der Tat. Einer, der die Sache selbst in die Hand nimmt, spricht, mit Hilfe von Axt und Motorsäge den Waldrand etwas zurückdrängt. Somit verschafft man seinen Tierchen etwas mehr Auslauf, dem Eigenheim etwas mehr Sonne (oder wollten Sie etwa immer nur auf diese dunkle Waldkulisse schauen, da wird man ja richtig depressiv). Dieser kleine Eingriff in den Wald (eh nur Gestrüpp auf den ersten 50m, da hält sich doch nur Ungeziefer auf) erlaubt zudem die Anlage einer kleinen Reitpiste.

Außerdem wurde eine Kompensationspflanzung vorgenommen: 6 Obstbäume wurden gepflanzt. Na, bitte!!!. Leider ist das Gelände nicht sehr eben, eine ausgesprochene Hanglage. Kein Problem, ein bisschen mit dem Bagger herumgekurvt und das wäre geritzt. Außerdem kann diese Rodungsaktion garantieren, dass die Genehmigung für den zu bauenden Stall nicht daran scheitert, weil man



zu nahe am Waldrand liegt. Probeweise errichtet unser Freund mal gleich einen Schuppen auf diesem gerodeten Grundstück, als Test sozusagen, um feststellen zu können, wie wachsam das Auge des Gesetzes nun wirklich ist. Eher schläfrig bis tief schlafend.

Und so geht es dann weiter

Nun wird eine Genehmigung angefordert, für einen weiteren Schuppen, vielleicht mit einer Höhe von 10m etwas groß geraten, aber die Pferde sollen es ja so richtig gut haben. Leider ist man im zuständigen Umweltministerium nicht so pferdefreundlich, der autorisierte Bau fällt mit seinen knapp 5m Höhe dann auch deutlich bescheidener aus.

Pech auch, dass die Genehmigung sich auf eine ganz andere Fläche bezieht, welche unserem Pferdefreund nicht gehört. Macht nichts! Schließlich zählt nur der gute Wille und den hat unser Mann ja bewiesen, als er sich überhaupt dazu hinreißen ließ, eine Genehmigung anzufordern.

An Details sollte man sich nicht stören. Der Bau beginnt. Welcher eigentlich? Denn inzwischen hat unser wackerer Hobbybauer bereits mehrere Schuppen, Ställe u.ä. auf seinen „Ländereien“ errichtet (siehe oben). Alles natürlich ohne Genehmigung, vielleicht als Übung für das nächste, doch etwas anspruchsvollere Unternehmen? Jetzt geht es so richtig zur Sache! Zuerst gilt es noch das wiederum etwas schwierige Gelände, schon wieder eine Hanglage, ein wenig umzukrempeln. Neuer Einsatz des Baggers. Wo früher eine arge Hangneigung vielleicht zu Rutschpartien bei den Pferden geführt hätte, wird ihnen nun dieses Schicksal erspart. Pech allerdings für die Baumallee entlang der Straße. Ihre Wurzeln werden meterhoch eingegraben, die daraufhin eintretende Sauerstoffarmut im Boden macht sie krank. Präventiv legt man gleich 2 davon um damit ihnen dieses Los erspart bleibt.

Endlich ist der Stall fertig. Mit immerhin mehr als 10m Höhe vielleicht etwas hoch geraten, die anderen Dimensionen sind auch nicht gerade nach Plan ausgefallen (fast 3m zu breit, nahezu 1m zu tief).

Endlich steht der Bau; zwei Stockwerke hoch (nebst „Keller“), durch eine schöne Holzterrasse verbunden, die rückwärts liegende Wand großzügig verglast. Wie gesagt, der Mann ist ein Pferdenarr, seinen Pferden soll es an nichts fehlen. Frei soll ihr Blick über die auch hier mittels Rodung etwas vergrößerte Weide schweifen können. Aber halt, diese Pferde müssen richtige Akrobaten sein um ins 2. Stockwerk zu gelangen. Oder sollte dieser „Stall“ eigentlich eher für Menschen gedacht sein??? Ein schlimmer Verdacht, nicht wahr? Aber angesichts dieser Anlage nicht von der Hand zu weisen.



Das Ende

Die erste der zugeschnittene Eichen ist akut faul und riskiert auf das gegenüber liegende Wohnhaus zu fallen. War sowieso alt, also soll der absterbende Baum gefällt werden. Seitens der mobilen Naturschutzeinheit wird ein Protokoll entrichtet. (Erstaunlicherweise haben die Revierförster selbst nichts von alldem Geschehen erkannt). Gottes Mühlen und die der Forstverwaltung arbeiten naturgemäß etwas langsam, 2 Jahre sollte es schließlich dauern, bis die Justiz sich mit dieser Angelegenheit befasst. Unser Pferdefreund wird zum Abriss des Gebäudes verdonnert. (Bravo Herr Umweltminister!). Das gefällt dem Erbauer natürlich nicht, es gefällt ihm sogar überhaupt nicht. Er engagiert einen landbekanntesten Strafverteidiger um sein Pferdeschloss zu retten. Auf Antrag, einen Gegenantrag. Der Tierfreund stellt ein paar Pferdekutschen in sein Häuschen: Zweckentfremdung des Gebäudes, ein Pferdestall ist keine Garage. Der Umweltminister bleibt standhaft. Die großzügigen Fenster werden durch provisorische Holzverschalungen etwas kleiner, einige landwirtschaftliche Maschinen (ausgeliehen?) werden malerisch in der nächsten Umgebung verteilt, der Anblick des Ganzen somit etwas rustikaler.

Ein Ende ist vorerst noch nicht absehbar.

Übrigens, unser Pferdenarr ist Polizist und somit zuständig für die Überwachung des Naturschutzgesetzes. Na sowas. Ein Narr wer Schlechtes dabei denkt!

Rosch



de Kéisecker
Mouvement Ecologique

Info

